



Antrag

der Fraktionen von CDU, SPD und der Abgeordneten des SSW

Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft soll gerechten Anteil für die schleswig-holsteinischen Kommunen sicherstellen

Drucksache 16/1699

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für eine unveränderte Fortführung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft über den 31. Dezember 2007 hinaus einzusetzen. Bei der Berechnung soll ein angemessener Ausgleich für die nachweislichen Kosten der Kreise und kreisfreien Städte sichergestellt werden. Mögliche Mehrkosten müssen hierbei Berücksichtigung finden.

Die Landesregierung soll weiterhin darauf hinwirken, dass keine Umschichtungen zu Lasten der schleswig-holsteinischen Kreise und kreisfreien Städte vorgenommen werden.

Torsten Geerds
und Fraktion

Wolfgang Baasch
und Fraktion

Lars Harms
für die Abgeordneten des SSW